

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt im Rhein“

Erzcheit 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch Träger und andere Vertretungen frei und ohne monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 2018, 2019, 2027. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Rhein 25 Pf., Neulandgebiete 1.-M.; außerhalb 30 Pf. Neulandgebiete 1.20 M. Zeitungspreise u. Abdruck laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 633

Freitag, 13. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Der Einzug der Franzosen in Wiesbaden.

Die Besetzung der Stadt Wiesbaden hat heute begonnen. Am Laufe des Vormittags rückten einzelne berittene Trupps, Radfahrerabteilungen sowie ein etwa 50 Mann starkes Kommando vom 208. Infanterieregiment in unsere Stadt ein. Die Offiziere kamen in Automobilen hier an. Im Rathaus fanden Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister wegen der Unterbringung der Offiziere und Mannschaften und der zu treffenden Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung statt. Am Rathaus wurde sofort ein Ausruf des Marschalls Hoch in deutscher und französischer Sprache angeschlagen, der allgemeine Bestimmungen über das Verhalten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten enthält, ferner eine umfangreiche Polizeiverordnung — ebenfalls in deutscher und französischer Sprache —, die vom kommandierenden General der Armee unterzeichnet ist, und die unter anderem bestimmt (vorläufig wenigstens), besondere Verordnungen werden wohl noch erlassen werden. (Schriftl.), daß der Fußverkehr in der Stadt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gestattet ist. Außerhalb der Gemeindegrenze darf niemand ohne schriftliche Erlaubnis verkehren. Nachts ist jeder Verkehr grundsätzlich untersagt. Für besondere Fälle wird besondere Erlaubnis erteilt. Gastwirtschaften und Kaffeehäuser dürfen nur von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet sein. Den militärischen Personen ist der Verkehr in Gastwirtschaften und Kaffeehäusern vormittags von 10 bis 1 Uhr, nachmittags von 5 bis 8 Uhr gestattet. Der Ausverkauf von Schnaps ist verboten. Briefe und Telegramme gehen durch die Hand der beauftragten Behörden. Der Telefongebrauch ist untersagt. Zeitungen und andere Druckschriften bedürfen vor ihrer Ausgabe der Erlaubnis zur Veröffentlichung seitens des kommandierenden Generals. Auch die Zeitungsverkäufer usw. müssen eine schriftliche Erlaubnis der Ortsmilitärbehörde zum Vertrieb bei sich führen. Es wird die französische Zeit eingeführt. Wie wir erfahren, wird ein kommandierender General mit seinem Stabe hierher kommen, für den eine Villa als Wohnung bereitgestellt wird. Die Mannschaften werden in Gasthäusern untergebracht werden. Eine größere Truppenabteilung ist anscheinend nicht für hier vorgesehen.

Die einziehenden Truppen begnügen sich allgemeiner Aufmerksamkeit; zu besonderen Reueisensammlungen kam es jedoch nicht. Während der Verhandlungen im Rathaus hatte das Infanteriekommando am Schloßplatz bei zusammengekauften Gewehren Aufenthalt genommen, bis ihm weitere Befehle zum Aufbruch der Quartiere überwiesen wurden. Die Mannschaften, unter denen auch einige Parbise zu sehen waren, in graublauer Uniform mit Stahlhelm machten durchweg einen guten Eindruck und bestanden hauptsächlich aus älteren Leuten.

Der Telefonverkehr mit Orten außerhalb des besetzten Gebietes ist heute kurz vor 12 Uhr eingestellt worden. Infolgedessen ist der Depeschendienst über Bonnange im Rhein usw. vorläufig unmöglich gemacht.

Aus dem besetzten Gebiet.

K. Karlsruhe, 13. Dez. (Eig. Tel.)

Aus dem besetzten Gebiet wird gemeldet: Die Truppenansammlungen an den Rheinübergängen dauern an. Die Besatzungsarmee in Straßburg wird auf 40 000 Mann und die der Pfalz auf 100 000 erhöht werden.

Amsterdam, 12. Dez. (T.-U.)

Nach Meldungen aus St. Avold hat General Angin einen Armeebefehl an die 10. Armee gerichtet, in dem er erklärt, daß er erwartet, daß die Soldaten sich nun, wo sie nach dem Rhein vorwärts, ihrer großen Aufgabe würdig erweisen sollten. Sie müßten Sorge tragen, daß die Bevölkerung der Rheinregion selbst die Einverleibung in Frankreich wünscht.

Aus Elsaß-Lothringen.

Zürich, 13. Dez. (Eig. Tel.)

In der französischen Kammer feierte Clemenceau die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich und schilderte in überwiegendlicher Weise seine Eindrücke während seiner Reise durch die befreiten Provinzen. In den kühnsten Beifall der Mehrheit bei diesen Ausführungen mischten sich auch ebenso lebhaft die Zurufe der Linken: „Volksabstimmung, Volksabstimmung!“

K. Basel, 13. Dez. (Eig. Tel.)

Die „Times“ meldet aus Paris: Die französische Kommission für Elsaß-Lothringen stellt fest, daß die deutsche Heeresleitung in Elsaß-Lothringen während des Krieges für zwei Milliarden Werte zerstörte.

Die Rheingrenze.

Bern, 12. Dez.

Je näher der Kongress für den Präliminarfrieden rückt, um so energischer wird in einigen französischen

Blättern, deren Zahl sich nach und nach vergrößert, der Rhein als natürliche Grenze Deutschlands bezeichnet. Der „Temps“ veröffentlicht den Brief eines höheren Offiziers, in dem erklärt wird, daß nur der Rhein eine genügende Garantie gegen einen militärischen Ueberfall auf Frankreich und Belgien seitens Deutschlands bietet. Renaudel bemerkt im „Temps“, daß diese Forderung mit den Willensförmigkeiten in Einklang gebracht werden könne. Wie die Rheinlande über sich selbst verfahren sollen, so beabsichtigt Frankreich keineswegs ihnen ihr Schicksal innerhalb der französischen Grenzen anzuweisen. Die für den Weltfrieden notwendigen Garantien seien: kein Rhein-Monopol für irgendeine Nation, kein Preußen am Rhein. Die militärischen Grenzen Deutschlands sind hinter den Rhein zurückzuverlegen und keine Festungen von Basel bis Köln. Der „Gaulois“ verlangt die gleiche Sicherstellung durch die Rheingrenze. Die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Pfalz und die Rheinprovinz zu annektieren seien. Jedenfalls dürften in den genannten Provinzen nie wieder deutsche Garnisonen stehen. Neuhuis schreibt der „Petit Parisien“. Er sagt, die Friedenskonferenz werde darüber zu entscheiden haben, ob die Alliierten als Eroberer oder nur als vorübergehende Besatzung in Mainz einge-zogen seien.

Einberufung des Reichstags.

Der Präsident des Reichstages hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet: An die Herren Reichstagsabgeordneten! Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Heinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß die der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsmöglichkeit abspitzen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl wie auch zur Beschlußfassung über das Wohlbefinden der Nationalversammlung. Meine vorliegenden Bemerkungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen. Und erfolgreich geklungen. Die Not der Zeit verbietet weiter zu warten, und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einberufenden Sitzung vollständig zu erscheinen. gez.: Friedrich Ebert, Präsident des Reichstages.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach folgendes geantwortet hat: Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlaube ich mir und folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsmöglichkeit abspitzen, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennen, zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung, sowie zur Beschlußfassung über das Wohlbefinden der Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irigen Glauben zu versetzen, als ob eine Verhandlungsmöglichkeit der Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten legt wiederholt dar, daß durch die politische Ummantelung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufhört. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Wir haben schon früher die Forderung aufgestellt: entweder Nationalversammlung oder Reichstag. Da die Einberufung der Nationalversammlung bei dem langwierigen Arbeiten in Berlin vor Ende Februar kaum stattfinden kann, selbst wenn man die Wahlen um 4 Wochen früher legen wollte, als sie jetzt festgesetzt sind, so empfiehlt sich dringend eine Einberufung des Reichstages. Der Reichstag, zu dem auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts das deutsche Volk seine Abgeordneten entsandt hat, darf als die trotz der Revolution noch immer gesetzmäßige Vertretung des deutschen Volkes angesehen werden. Es gibt keine Partei, die sich nicht auf den Boden der Neuordnung gestellt hätte; ein Reichstagsbeschluss, der die Tatsache der republikanischen Staatseinrichtung abändern wollte, ist also nicht zu befürchten. Dagegen ist es dringend notwendig, daß eine von der Volksvertretung legalisierte Ordnung der Dinge geschaffen und eine Regierung eingesetzt werde, die nicht diktorisch herrscht, wie die jetzige, sondern als gesetzmäßige Körperschaft. Nur mit einer solchen werden die Gegner verhandeln, nicht mit der aus angemaßter Machtbewußtsein der sozialistischen Parteien entstehenden. Wir können also weder Frieden noch Ordnung, noch Brot, noch geregelte Arbeit bekommen, bevor nicht eine gesetzmäßige Volksvertretung gesetzmäßige Zustände geschaffen hat. Und darum ist schleunigst eine Volksvertretung einzuberufen, wenn nicht die Nationalversammlung, dann der bisherige Reichstag. Unbedingt notwendig ist es natürlich, die Arbeiten der Volksvertretung vor bolschewistischen Untrieben zu sichern. Ist das in Berlin nicht möglich, dann muß die Tagung an einem anderen Ort des

Reiches stattfinden, am besten nicht in einer Großstadt, wo die politischen Verhältnisse immer unsicher sind.

Allenstein, 13. Dez. (Wolff-Tel.)

Der Vollzugsrat des 20. Armeekorps richtete folgende Depesche an die Reichsleitung Ebert-Haase und an die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte z. S. Müller-Rosenthal:

„Protest gegen die Einberufung des Reichstages. Die Arbeiter- und Soldatenräte vom 20. Armeekorps stehen auf dem Standpunkt, daß die Nationalversammlung möglichst bald einberufen werden muß und daß bis zur Ein- und Durchführung geordneter sozialistisch-republikanischer Verfassungszustände die Regierung bzw. demnächst die Nationalversammlung, sich vorläufig auf die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte stützen muß. Die Arbeiter- und Soldatenräte protestieren aber aufs schärfste gegen die Einberufung des alten Reichstages, dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen vor den Staatsgerichtshof gehören. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte des 20. Armeekorps.“

Der Ort der Tagung.

Berlin, 12. Dez.

Der Reichstagspräsident Fehrenbach ist in Berlin eingetroffen. Wie er einem Vertreter des „Berl. Vol.-Anz.“ gegenüber äußerte, beabsichtigt er nicht, zu irgendwelchen Verhandlungen mit der Regierung die Initiative zu ergreifen. Er glaubt erst abwarten zu sollen, wie die Regierung sich weiterhin verhalten wird, umal er der Meinung ist, daß in der Frage der Einberufung des Reichstages ohnehin schon in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen wird. Der Vertreter fragte den Präsidenten, ob es ihm gelingen wird, den Zusammentritt des Reichstages durchzusetzen. Fehrenbach meinte, das hänge von dem Verhalten der Entente ab: in den nächsten Tagen werde darüber Klarheit herrschen. „Ich habe den Ort der Tagung absichtlich nicht genannt, weil ich ihn noch nicht genau angeben kann“, erklärte der Präsident. „Aber wenn es unter dem Schutze der jetzigen Truppen möglich ist, werde ich selbstverständlich eine Tagung des Reichstages an seinem alten Platz durchzusetzen versuchen.“

Kein Friede mit der jetzigen Regierung.

K. Basel, 13. Dez. (Eig. Tel.)

Nach einem Londoner Telegramm sprach Bonar Law am Montag, England werde erst über den Frieden verhandeln, wenn eine deutsche Regierung von der Nationalversammlung gebildet worden sei. In den Händen der niemals zur Anerkennung gelangenden deutschen Macht liege es, ob die Friedensverhandlungen in acht Tagen oder in einem Jahr oder überhaupt nicht stattfinden könnten.

Ententevertreter bei Eisner?

Berlin, 13. Dez. (Eig. Tel.)

Dem „Volksanzeiger“ wird aus München berichtet: Ministerpräsident Eisner habe am 10. Dezember mehrere Vertreter der Entente in seinem Amtsbureau empfangen. Es geht das Gerücht, daß separate Abmachungen besprochen worden seien.

Die Verlängerungs-Verhandlungen in Trier.

Trier, 13. Dez. (Wolff-Tel.)

Marschall Foch ist gestern Mittag gegen 12 Uhr im Sonderzug mit etwa 40 Herren auf dem Hauptbahnhof angekommen. Er fuhr sodann mit seiner Begleitung im Auto zum „Hotel zur Post“, wo die deutsche Waffenstillstandskommission wohnt. Am Nachmittag kehrte der Marschall nach dem Bahnhof in seinen Salonwagen zurück. Wie die „Landeszeitung“ meldet, ist auch General Pershing hier angekommen.

Niederwerfung des Bolschewismus.

Bern, 12. Dez.

„Temps“ und „Echo de Paris“ erklären, daß die Wiederherstellung der Ordnung in Europa nur mit der völligen Unterwerfung der Bolschewisten in Rußland möglich sei. Der „Temps“ verlangt deshalb, man solle zuerst mit Deutschland Frieden schließen, um dann möglichst bald in Rußland zu intervenieren. „Echo de Paris“ fordert, daß die Bekämpfung des Bolschewismus schon auf dem Friedenskongress geregelt werde. Die Entente müßte ohne Zögern eingreifen, um die Ordnung in Europa wieder herzustellen.

Kosafensieg über die Bolschewisten.

Kiew, 13. Dez. (Wolff-Tel.)

Zeitungs-meldungen zufolge haben die Donkosen bei Nowosibirsk im Bezirk Woroneß einen bedeutenden Sieg über die Bolschewisten errufen. (In zweitägigen Kämpfen wurden 1100 Gefangene gemacht und 2 Geschütze erbeutet.)

Die Verhaftung der Großindustriellen.

Zur Verhaftung der rheinischen Großindustriellen bringt die „B. Z. am Mittag“ Darstellungen von Fritz Thoffen und Sinnes. Fritz Thoffen erzählt u. a.: Erst im Moskauer Untersuchungsgefängnis, wo sie vom Polizeipräsidenten Eichhorn vernommen wurden, erfuhren die Verhafteten, wessen sie beschuldigt wurden. Sie boten sofort den Beweis dafür an, daß sie an dem tragischen Tage gar nicht in Dors-

mund gewesen sein könnten und daß August Thießen sen. sogar am Bahnhof in Mülheim festgenommen wurde, als er gerade von einer mehrtägigen Reise zurückkam. Die angeführten Aussagen, unter denen sich auch der Oberbürgermeister von Mülheim, Remke, befand, wurden aber vom Polizeipräsidenten abgelehnt und nicht befragt. Die Stinnes u. a. mitteilte, war er erst am Tage seiner Verhaftung als Leutnant aus dem Felde heimgekehrt und wurde zu seiner großen Überraschung aus seinem Arbeitszimmer geholt, da die Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates ihn zu sprechen wünschten. Diese erklärten ihn sofort für verhaftet und führten ihn ohne Federlesen in das Mülheimer Gefängnis. In Mülheim seien wieder Schriftstücke noch sonst irgend welche Urkunden beschlagnahmt worden. Es lag offenbar eine Verwicklung mit einer Versammlung von Demonstranten, die am 4. Dezember in Dortmund stattgefunden hatte, vor. Die Herren haben dem Arbeiter- und Soldatenrat sowohl die Präsenzliste wie das Protokoll zu den Verhandlungen zur Verfügung gestellt; daraus hat sich ergeben, daß keiner der Verhafteten in Dortmund gewesen ist.

Deutsche Kundgebung in Posen.

Gestern wurde in Posen ein so genannter deutscher Tag abgehalten. Im Anschluß an den Vertretertag der deutschen Volksräte der Provinz Posen. Überall wehten die schwarz-weiß-rote Fahnen, als freudiges Bekenntnis zum Deutschtum. Die deutschen Volksräte Posen betrachten als ihre Aufgabe den Kampf für die Gleichberechtigung des Deutschtums im Osten, den Kampf gegen die polnischen Uebergriffe, den Kampf für die gerechte Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten. In diesem Kampf haben sich alle Deutsche im Osten ohne Unterschied des Standes, des Geschlechts und der Partei vereinigt. An den Rat der Volksbeauftragten, an die preussische Regierung und an die Räte der Provinzialparlamente, sowie an den Präsidenten Wilson wurden Proteste abgeandt gegen die Verträge, den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorzuziehen und einen anderen Staat im Osten zu schaffen. Eine einstimmig angenommene Entschließung bringt folgendes zum Ausdruck: „Diese Tausende deutscher Männer und Frauen, Vertreter und Mitglieder der deutschen Volksräte aus Stadt und Provinz Posen haben heute in fünf machtvollen Kundgebungen ihren Zusammenschluß zu einem Provinzialvolksrat beschlossen, an die Provinz Posen der neuen staatlichen Ordnung will dieser Provinzialvolksrat die Interessen der 850 000 Posener Deutschen schützen und fördern. Wir fördern alle Bestrebungen, die unter Wahrung der nationalen und kulturellen Interessen beider Bevölkerungsteile ihre gemeinschaftliche Arbeit für das Glück unserer gemeinsamen Heimat in veredelterm Sinne ermöglichen. Wir verwahren uns gegen jede Bevorzugung der Polen in den von der Revolution geschaffenen Ämtern und Beamtungsstellen und fordern völlige Gleichberechtigung für die Deutschen im Volksstaate. Wir verwahren uns vor allem gegen die Entschlüsse des Teilsatzes, die Vorkant und Sinn des Punktes 19 der Friedenshoffnung des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 verneinend. Sie haben der Entscheidung geschaffen. Wir fordern die schärfste Einberufung der Nationalversammlung, von der allein wir bis zur Entscheidung des Friedenskonferenzen den Schutz der Deutschen im Osten erwarten.“

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 13. Dezember.

Postpaketannahme. Am Sonntag, den 15. Dezember und am Sonntag, den 22. Dezember, sind die Paketannahmestellen bei den hiesigen Postämtern, wie folgt, geöffnet: Beim Postamt 1 (Rheinstraße) und beim Postamt 5

(Bahnhof) von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., beim Postamt 3 (Bismarckring) von 8–12 Uhr vorm. und von 2–6 Uhr nachm., beim Postamt 2 (Schönhofstraße) und beim Postamt 4 (Tannusstraße) von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. und von 3–6 Uhr nachm.

Kirchliches. Herr Pfarrer Fritz Philipp, der mehrere Jahre an der Front war, hat seinen Dienst in der Rindfleischengemeinde wieder aufgenommen und wird am nächsten Sonntag im Hauptgottesdienst in der Ringkirche um 10 Uhr die Predigt halten.

Zur Kartoffel-Einkellerungsfrage. Aus dem Rathaus wird uns mitgeteilt, daß die Vorwürfe, die aus Kreisen der Bürgerschaft wegen der Nichtlieferung der Einkellerungskartoffeln aus dem Landkreis Wiesbaden erhoben werden — auch ein Eingekauft in unserer heutigen Morgenandacht befaßt sich damit — nicht an die hiesige Stadtverwaltung, sondern an die Adresse des Landratsamtes Wiesbaden zu richten sind. Das Landratsamt Wiesbaden hat die betreffende Bestimmungen erlassen, von ihm aus wurde der direkte Bezug vom Produzenten verhindert, und an die Käufe des Landratsamtes wurden die vereinbarten Gelder sofort abgeliefert. Leider läßt sich an dem Geschehenen nun nichts mehr ändern. Es wird aber an den zuständigen Stellen für die Folge zu beachten sein, daß sich solche Mißstände, wie sie sich diesmal bei der Kartoffelverteilung gezeigt haben, nicht wiederholen.

Der Christbaummarkt hat heute auf dem Dornischen Platz begonnen, nachdem schon seit einigen Tagen, besonders in den äußeren Stadtteilen, sich einzelne Verkaufsstände für Christbäume aufgestellt hatten. Wie wir hören, wird es diesmal mit dem Angebot ziemlich knapp bestellt sein, auch der Markt selbst ist nicht so groß wie sonst, da der Mangel an Transportmöglichkeiten die Zufuhr außerordentlich erschwert. Dementsprechend sind auch die Preise ziemlich hoch. Unter 250 M. wird wohl kaum ein einigermaßen ansehnlicher Baum zu haben sein.

Stadtdamts-Nachrichten vom 12. Dez. Sterbefälle: Am 11. Dez. Jean Adolf Philipp Dahlem, Kaufmannslehrling, 18 J.; Frau Marie Volk geb. Hachinger, 88 J.; Am 12. Dez. Willi Holmann, Leinwandhändler, 15 J.; Heinrich Pems, Radler, 32 J.; Frau Katharine Dahn Bwe, geb. Bender, 70 J.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.

Residenztheater. Heute und morgen abend fallen die Theater aus. Die Vorstellung des Weihnachtsmärchens „Blondelchen“ findet am Samstag nachmittags 3.30 Uhr bestimmt statt. Die Anfangszeiten der beiden Sonntagsvorstellungen sind dahin geändert, daß „Gründen freier“ um 2.30 Uhr beginnt und die „Erfahrungen des uralten Schwanen“ die schwebende „Jungfrau“ um 5.30 Uhr. Der Schluß der Abendvorstellung findet rechtzeitig statt.

Abend- und Tannus-Klub Wiesbaden (G. V.). Die ständigen Donnerstag- und Wochenversammlungen des Abends und Tannus-Klub Wiesbaden fallen bis auf weiteres aus. Sobald es die Verhältnisse gestatten, werden die in Touristenkreisen so beliebten Zusammenkünfte wieder stattfinden und wird zu gegebener Zeit an dieser Stelle Näheres bekanntgegeben.

Aus den Vororten.

Erbenheim.

Goldene Hochzeit. Der Landwirt Peter Christian Werten und dessen Ehefrau Margarethe, geb. Christ, feiern heute das Fest der goldenen Hochzeit.

Beschneidung. Die Spar- und Darlehenskasse verkaufte das in der Mühlstraße belegene zweistöckige Wohnhaus für 12 500 Mark an den Schlosser Heinrich Friedrich Christ.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

F. vom Untertaunus. 13. Dez. Landrat v. Trotha, der vor mehr als vier Jahren freiwillig in den Krieg zog,

hat sein Amt als Landrat des Untertaunuskreises wieder übernommen.

n. Kranbach. 13. Dez. Verschiedenes. Die Höhe der Kriegsverluste in unserer Gemeinde ist 80 Tote und Vermisste. In Gefangenschaft befinden sich 33. — Das Verdienstkreuz für Kriegswunden erhielt Frau Bürgermeisterin Schüring, Polizeiwachmeister Weinand und Polizeileutnant Henner. — Die Mitte November gegründete Bürgerwehr hat inzwischen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können, da der polizeiliche Nachschub genügt.

X Marburg. 13. Dez. Ein Hefenbund ist kürzlich hier in Marburg gebildet worden, der es sich zur Aufgabe macht, alle hiesigen Landwirte zu sammeln und die Verbindung mit der hiesigen Heimat aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen. In unserer politisch bewegten Zeit denkt wohl mancher zunächst, daß auch hierbei politische Zwecke mit verfolgt werden sollen. Mit Politik will aber der Hefenbund selbst nichts zu tun haben, seine Arbeit besteht lediglich darin, alle historisch, künstlerisch, literarisch oder volkstümlich interessierten Kreise in- und außerhalb Hessens zu sammeln und wertvolle Arbeiten auf diesem Gebiete fördern zu helfen. Diese freie Vereinigung erhebt keinerlei Beiträge, sie gewährt den Mitgliedern lediglich Vorteile. In einer Zeit, die uns Deutschen an äußerer Macht und Ansehen alles geraubt hat, wird gar mancher sich zu stiller Beschäftigung mit seiner Heimat, mit hiesigen Künstlern und Dichtern gedrängt fühlen. Wir empfehlen daher jedem, sich an die Geschäftsstelle des Hefenbundes, H. G. Elwerth Verlag in Marburg, zu wenden und sich ausführliche Prospekte senden zu lassen. — Zu den bekannten Veröffentlichungen, wie Hefen-Heimat, Alt-Hessen, Hefen-Kunst und Hefische Feste, die den Mitgliedern zu Vorzugspreisen geliefert werden, ist soeben eine neue hinzugekommen: „Das Hefenbuch 1918“, das Beiträge von H. Bod, R. Schmidt, B. Holzamer, H. S. Rausch, Ph. Krämer, E. M. Schultheis und E. Sternberg enthält, mit Bildschmuck von H. Reil, wie die übrigen Werke des Verlags eine aequivalente Weihnachtsgabe in guter Ausstattung zu dem billigen Preis von 3.85 M.

Vermischtes.

Unter Mitnahme von 230 000 Mark verschwunden ist der Sohn eines Berliner Großkaufmanns. Der junge Mann hatte in der letzten Zeit ein etwas sonderbares Wesen gezeigt und verschiedentlich gekündigt, daß er lieber ins Ausland gehen wolle, als sich hier noch weiter aufzuhalten. Diesem Plane wurde von seinen Angehörigen entgegengearbeitet. Dennoch hat jetzt der Sohn anheimelnd seinen Entschluß ausgeführt und mit 230 000 Mark, die er der elterlichen Kasse entnahm, das Ruder gefaßt.

Revolutionärsbriefmarken. Der Umkreis in Österreich-Ungarn hat zu allerlei Markenprovisionen geführt. Die Ungarn, Tschechen, Deutschen und Italiener verlegen die bisher in Gebrauch gewesenen Marken mit Ueberdruck, der die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse widerspiegelt. In Deutschösterreich lieft man jetzt „Deutschösterreich“ darauf.

Schlichtung: Bernhard Grothaus.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: H. G. Elwerth; für Stadt- und Landwirtschaft, Gericht und Sport: I. B. Hans Häfeler; für die Angelegen: Joh. Dähler; Schriftf. in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Zeitung, Rudolf G. m. b. H.

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Vorausichtige Witterung für Samstag, 14. Dez.:
Veränderlich, doch meist bewölkt, Niederschläge bei milden Seewinden aus südwestlicher Richtung.
Wasserstand: Weilburg 100.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation.

Betrifft: Wumba-Bewirtschaftung von Werkzeugmaschinen, elektrischer Maschinen, Automobilen u. landwirtschaftlichen Maschinen.
Der gestrige Erlass Nr. C. B. 242. 11. 18. D. M. A. enthält folgende Bestimmungen:
„Wumba-Bewirtschaftung von Werkzeugmaschinen, elektrischen Maschinen, Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen wird aufgehoben. Einzelheiten folgen.“
Hiernach sind die nachstehend aufgeführten Bekanntmachungen mit sofortiger Wirkung unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Anmerkung 1) außer Kraft gesetzt:

Zeitpunkt d. Erlasses	Währungszeichen	Bedeutung
15. Sept. 1916	350. 7. 16. B. 5.	betr. Regelung des Handels mit Werkzeugmaschinen durch Beschlagnahme, Versteigerung und Preisüberwachung. 1).
21. Nov. 1916	3010. 10. 16. B. 5	betr. Bestandserhebung von Werkzeugmaschinen.
1. Febr. 1917	973. 1. 17. R. II. 2a (L. M. V.)	betr. Bestandserhebung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.
15. Juni 1917	9090. 3. 17. R. III. 1.	betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung für elektrische Maschinen, Transformatoren u. Apparate.
20. Juni 1917	502. 4. 17. R. II. 4e.	betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Automobilen.

1) Als Ausnahme hiervon bleiben die Richtlinien über die Preisbildung von Werkzeugmaschinen bis auf weiteres bestehen. Sämtliche auf Grund obiger Bekanntmachungen erlassenen Anordnungen und Verfügungen unter Berücksichtigung der Ausnahme unter Anmerkung 1) werden gleichfalls außer Kraft gesetzt.

Durch besondere Urkunden belegte Einzelbeschlagnahmen und Enteignungen von Gegenständen, welche zum Verleib vorübergehend aufgehobener Bekanntmachungen gehören, bleiben in Kraft.

Berlin, den 18. November 1918. ges. Roet 5.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 10. Dezember 1918.

Der Magistrat. (1419)

In unser Handelsregister A. Nummer 371 wurde heute bei der Firma: „J. Wolf“ in Wiesbaden folgendes eingetragen:
Das unter vorbeschriebener Firma betriebene Geschäft ist auf den Kaufmann Arthur Weinberg zu Wiesbaden übertragen. Die Prokura der Frau Ella Frank geb. Zuch ist erloschen.

Wiesbaden, den 9. Dezember 1918.

Amtsgericht, Abteilung 8. (1412)

In unser Genossenschaftsregister wurde heute bei der Bauzentrale der Gärtner und Landwirte von Wiesbaden und Umgebung eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Wiesbaden eingetragen: „Karl Reibhöfer ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an seiner Stelle der Gärtnermeister Friedrich Wittmann zu Wiesbaden in den Vorstand gewählt.“

Wiesbaden, den 6. Dezember 1918.

Amtsgericht, Abteilung 8. (1410)

Öffentliche Bekanntmachung.

Im hiesigen Handelsregister Abt. A. Nr. 64 ist heute zu der Firma Rob. Bruns-Wülfeleld Rüdesheim eingetragen, daß der Firmeninhaber Adolf Bruns-Wülfeleld verstorben ist und das Geschäft nach nationalem Rechtsnachfolge auf seine Witwe Elisabeth geb. Lutterbeck zu Rüdesheim a. Rh. übergegangen ist.

Dem Hrn. Luise Bruns-Wülfeleld zu Rüdesheim a. Rh. ist Prokura erteilt.

Rüdesheim a. Rh., 4. Dezember 1918.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.
Ausgabe von Fleisch und Wurst bei den hiesigen Metzgern am Samstag, den 14. Dezember 1918

In nachstehender Reihenfolge:
Nummer 501 bis 850 von 8 bis 9 Uhr vorm.,
Nummer 851 bis 1200 von 9 bis 10 Uhr vorm.,
Nummer 1201 bis 1550 von 10 bis 11 Uhr vorm.,
Nummer 1551 bis 1850 von 11 bis 12 Uhr vorm.,
Nummer 1 bis 200 von 11 bis 12 Uhr vorm.,
Nummer 201 bis 500 von 12 bis 1 Uhr vorm.

Durch Aushang wird noch bekannt gegeben, welche Mengen für jede Person zum Verkauf kommen.

Sonnenberg, den 11. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Buchelt. (8907)

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Griech und Kaffee-Erlas am Samstag, den 14. Dezember 1918 in den hiesigen Geschäften. Es erhalten a) jede Person, mit Ausnahme der Selbstverlänger, 60 Gramm Griech, b) jede Person 50 Gramm Kaffee-Erlas. Die Lebensmittelausweiskarte ist unbedingt vorzulegen.

Sonnenberg, den 12. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Buchelt. (9009)

Heute abend 11 Uhr verschied sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein geliebter Mann, mein guter Schwiegervater, unser lieber Schwager, Onkel, Grossonkel und Grossvater

Karl Brück

Vorschuss-Vereins-Direktor a. D.

im 90. Lebensjahre.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Franziska Brück geb. Jäger.

Wiesbaden, Giessen, den 12. Dezember 1918.

Wilhelmstrasse 14.

Die Trauerfeier und Einäscherung findet Montag, den 16. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Krematorium auf dem Südfriedhofe statt. — Man bittet von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

(1413)